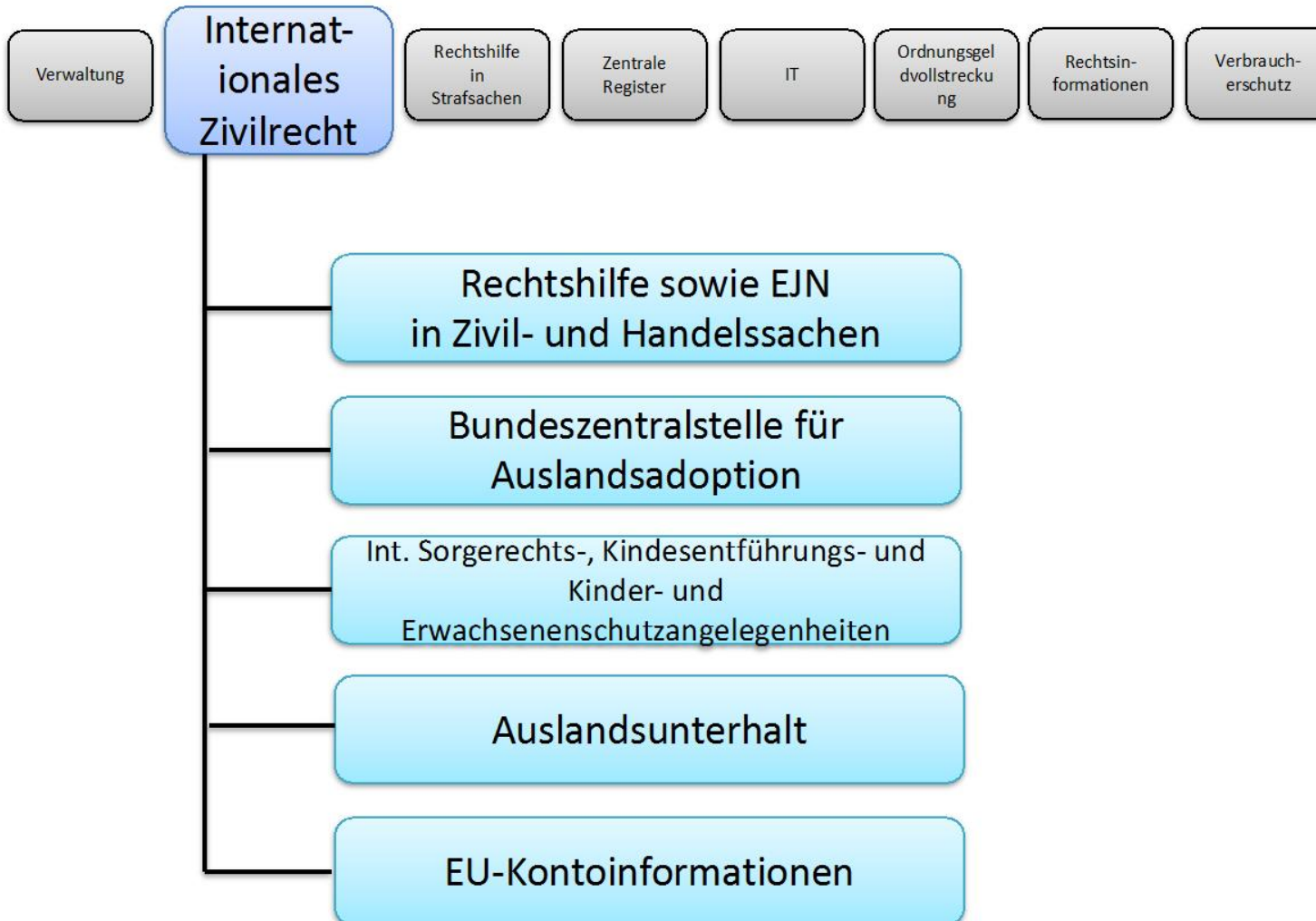


Zusammenarbeit der Zentralen Behörden im internationalen/EU-Familienrecht

Funktion und Arbeitsweise

neue Brüssel IIb-VO

Christian Höhn, LL.M.





Allgemeine Informationen - Deutschland

- 83,2 Mio. Einwohner; 11,8 Mio. ausländische Staatsangehörige
- 357.800 Ehen / 142.800 Scheidungen in 2021
- an rund 12% aller geschlossenen Ehen ist mindestens ein ausländischer Staatsangehöriger beteiligt
- 2,3 Mio. verheiratete Paare mit mindestens einem ausländischen Staatsangehörigen
- mehr als 20% aller Kinder haben mindestens einen Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit



Aufgaben der deutschen Zentralen Behörde

- Bundesamt für Justiz als Zentrale Behörde für HKÜ, KSÜ, ESÜ, ErwSÜ und Brüssel II b-Verordnung
- „Zentrale Behörden“
 - = Konzept aus Haager Übereinkommen
 - = **Kommunikationsmittler**
 - = „zentral“ nur im Sinne Kommunikation,
nicht inhaltlich im Sinne Zuständigkeit
- In **eingehenden** HKÜ-Verfahren ist das Bundesamt für Justiz **Verfahrensbevollmächtigter**
 - in Rückführungsverfahren kraft Gesetz, § 6 IntFamRVG



Internationales Sorgerecht - rechtliche Grundlagen



Brüssel II b-Verordnung



Haager Kindesentführungsübereinkommen
(HKÜ; 1980)



Haager Kindeschutzübereinkommen
(KSÜ; 1996)



Fallbearbeitung in der deutschen Zentralen Behörde

- **Grundregel: Zuweisung zu einzelnen Sachbearbeitenden nach Inhalt/Übereinkommen und nach Länderzuständigkeit**
- **7 juristische Sachbearbeitende** bearbeiten Rückführungs- und Umgangersuchen sowie Anerkennungsfragen
- **5-7 Sozialarbeitende** bearbeiten Ersuchen auf Sozialberichte, Kinderschutzmaßnahmen und grenzüberschreitende Unterbringung
- derzeit **4 Volljuristen** zur Koordinierung
- Insgesamt knapp **30 Mitarbeitende**
- **ca. 100 Vertragsstaaten**



Schutzzwecke HKÜ + rechtliche Grundlagen

- Rückgängigmachung Kindeswohlschädlichen Handelns
- Schutz subjektiver (Eltern)Rechte
- Vermeidung forum shopping und Zuständigkeitswahrung
- Prävention

- HKÜ verschafft unter gewissen TB-Voraussetzungen, insb. bei Sorgerechtsverletzung (=Widerrechtlichkeit), einen zivilrechtlichen **Rückführungsanspruch**
- dieser ist im Entführungsstaat zivilrechtlich geltend zu machen in einem Erkenntnisverfahren und dort durchzusetzen
- Regelfall ist die schnellstmögliche Rückführung in Ausgangsstaat

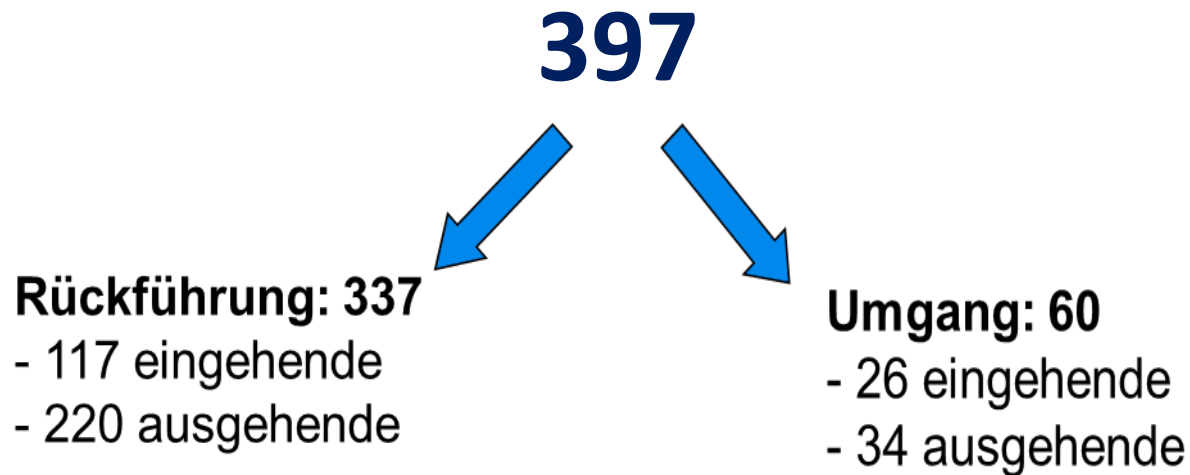
- geprägt von **Eilbedürftigkeit** (summarisches Eilverfahren, Jahresfrist)
- unselbstständig, da kein vollwertiges Sorgerechtsverfahren und flankiert von IPR-Regeln (KSÜ) und Zuständigkeitsregelungen (KSÜ+BrIIbVO)

- **hoch Streitiges/eskaliertes Szenario; mehrere Rechtsordnungen involviert**



HKÜ-Rückführungs- und Umgangsverfahren Statistik

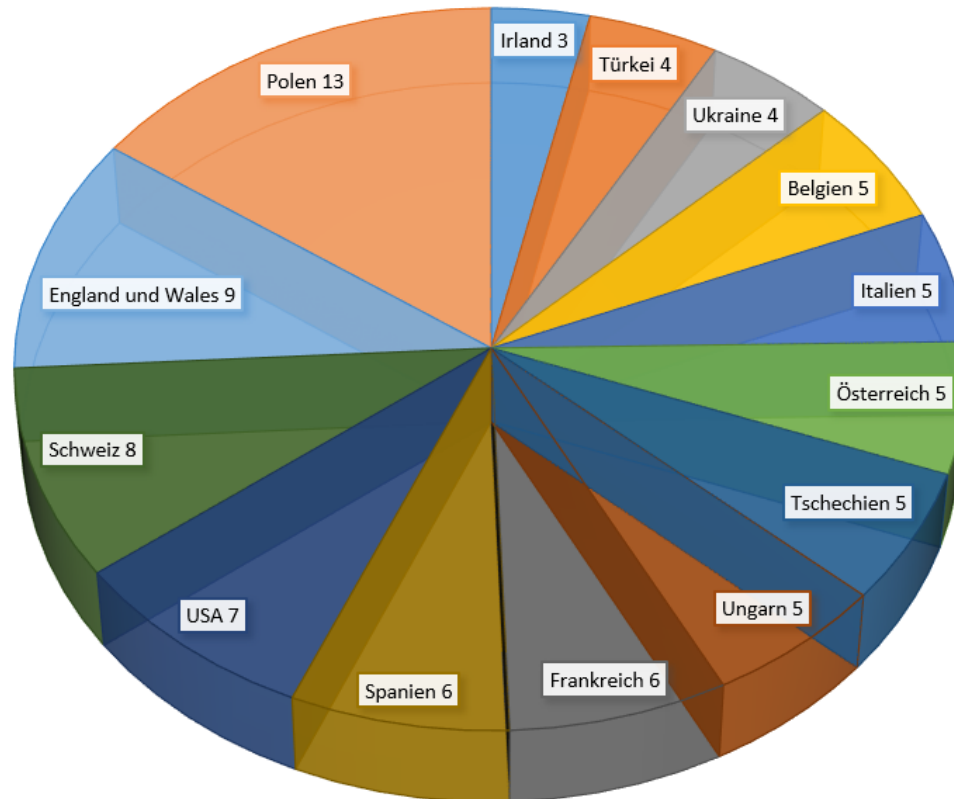
- Gesamtzahl neuer HKÜ-Vorgänge, die 2021 bei der deutschen Zentralen Behörde erfasst wurden:





Statistik

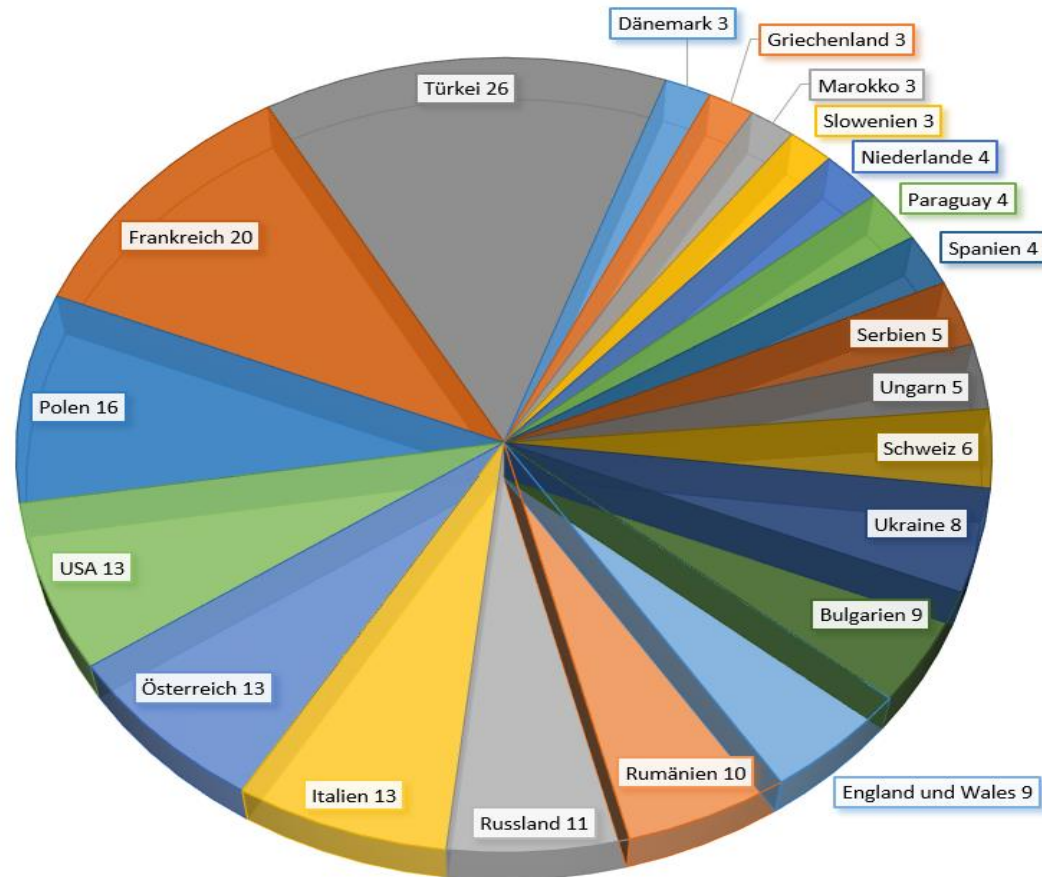
Länderverteilung Rückführungsverfahren 2021 (eingehende Verfahren)





Statistik

Länderverteilung Rückführungsverfahren 2021 (ausgehende Verfahren)





Brüssel IIb-Verordnung 1111/2019

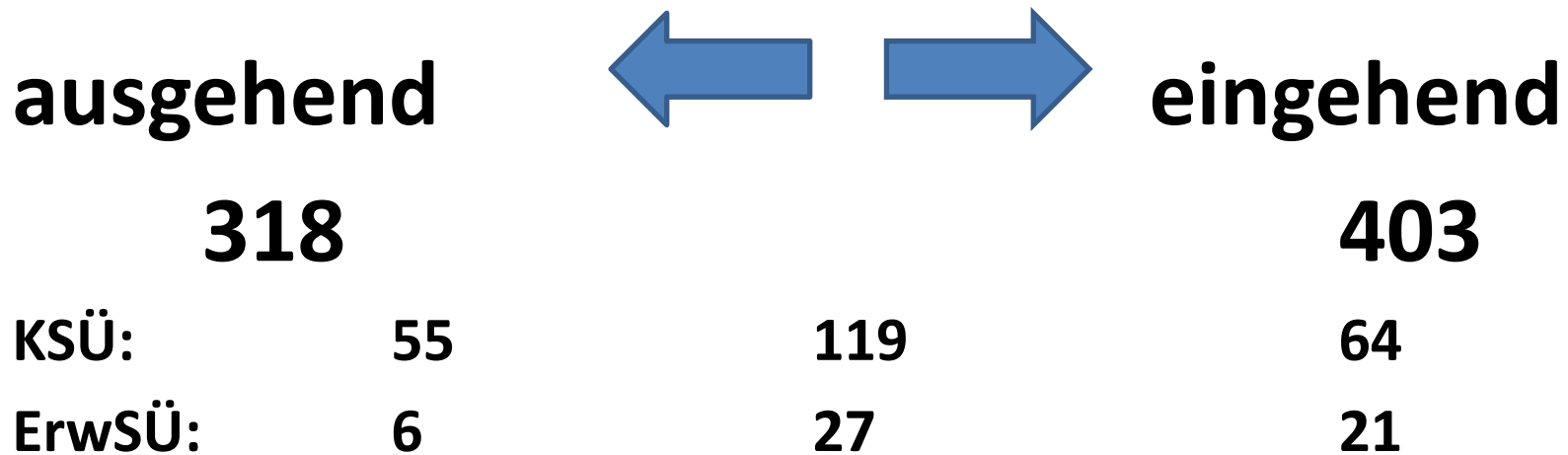
Grundlagen + Aufgaben Zentrale Behörde

- Verordnung dient der Konkretisierung und Ergänzung der Haager Übereinkommen HKÜ und insbesondere KSÜ
- Regelungsbereich und –ansatz daher sehr ähnlich dem KSÜ:
- Internationale **Zuständigkeit** (Grundsatz: gewöhnlicher Aufenthalt)
- **Anerkennung und Vollstreckung**
- Kooperation und **Zusammenarbeit**
- Aufgabe Zentrale Behörden:
- **Amts- und Rechtshilfe**, d.h. Kommunikationsmittler zwischen (inhaltlich) zuständigen Stellen (Gerichte/Behörden) im In- und Ausland
- insb. Austausch zwischen Jugendämtern:
- Informationsaustausch; **Aufenthaltsermittlung**; Klärung Rechtssituationen; Koordinierung von Zuständigkeiten und Verfahren

Amts- und Rechtshilfe Statistik

- Gesamtzahl neuer Brllb-Vorgänge, die 2021 bei der deutschen Zentralen Behörde erfasst wurden:

721





Typische Fallkonstellation

- **Geburt Kind; zunächst gemeinsames Sorgerecht**
 - **Trennung Eltern, Kind bleibt bei Mutter; Mutter alleinsorgeberechtigt, Vater hat weiter Umgang**
 - **Mutter zieht zu neuem Partner mit eigener Familie**
 - **schwieriges Familiengeflecht zwischen Kind, Mutter, Vater und neuem Partner + „Stiefgeschwistern“**
 - **Hilfebedarf nach SGB VIII, Einbindung Jugendamt**
 - **Verschärfung Situation, Einbindung Familiengericht**
 - **Famliengericht sieht Interventionsbedarf in Form von Fremdunterbringung Kind**
 - **Famliengericht überträgt Jugendamt Ergänzungspflegschaft Aufenthalt / Vormundschaft**
 - **„Flucht“ der Mutter mit Kind vor Durchsetzung FamG-Maßnahme ins Ausland**
-



Aufgabe/Angebot BfJ als ZB

- **Ermittlung Aufenthalt Kind im Ausland**
 - **Kontaktaufnahme mit/Vermittlung an zuständige Stellen im Ausland**
 - **Klärung Anliegen/Optionen:**
 - **Rückführungsanspruch nach HKÜ?!**
 - **Gefährdungsmitteilung nach Brüssel IIa-VO bzw. KSÜ?!**
 - **Abgabe gerichtlicher Zuständigkeit ins Ausland?!**
-



Neuerungen

Brüssel IIb-Verordnung 1111/2019

- Abschaffung sog. Exequatur-Verfahren
- (Teil-) Harmonisierung nationalen Vollstreckungsrechts
- Harmonisierung Kindesanhörung
- Beschleunigung, insb. durch Fristen (einschl. HKÜ)
- direkte gerichtliche Kommunikation
- Stärkung Privatautonomie:
- Anerkennung und Durchsetzung von öffentlichen Urkunden und Vereinbarungen
- Erweiterung Gerichtsstandvereinbarungen
- HKÜ: Umgang im Verfahren, vorl. Vollstreckbarkeit, Mediation/Vereinbarungen, „flankierende“ Absicherungsmaßnahmen

Noch mehr Zahlen:

| Vorher... | Nachher... |
|------------------------|-------------------------|
| 33 Erwägungsgründe | 98 Erwägungsgründe |
| 72 Artikel | 105 Artikel |
| 4 Formblätter | 9 Formblätter |
| 29 Seiten im Amtsblatt | 115 Seiten im Amtsblatt |



Homepage



Zentrale Behörde für internationale Sorgerechtskonflikte

Rechtliche Grundlagen >

Wichtiger Hinweis

Aktueller Hinweis zur Krise in der Ukraine:

Anlässlich der Situation in der Ukraine erreichen BfJ derzeit bereits Anfragen, insbesondere familienrechtliche Fragen im Rahmen der Aufnahme von Geflüchteten (insbesondere Kindern) aus der Ukraine. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Ukraine ist Vertragsstaat des Haager Übereinkommens von 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnah-





Rechtliche Grundlagen

← → ↻ 🏠 bundesjustizamt.de/DE/Themen/Familieinternational/Sorgerecht/Recht/Rechtliches_node.html



Themen Service Das BfJ 🔍

Rechtliche Grundlagen

- → [Rechtsvorschriften und Erläuternde Berichte](#)
- → [Rechtsprechung](#)

Mehr zum Thema "Internationales Sorgerecht"

[Aktuelles](#) >

[Häufig gestellte Fragen](#) >

[Formulare](#) >

[Rechtliche Grundlagen](#) >

[Staatenliste](#) >

[Tätigkeitsberichte](#) >

[Statistik](#) >

[Datenschutzhinweis](#) >

[Kontakt](#) >

[Infomaterial](#) >

[Links](#) >

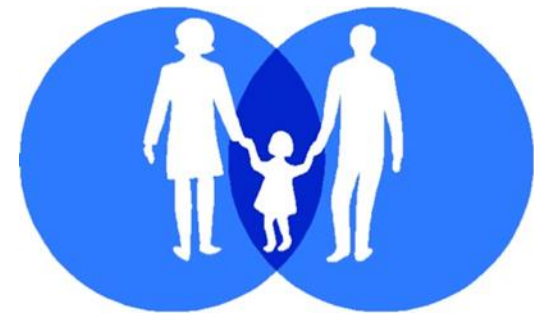


Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





Bundesamt
für Justiz



Kontakt

Bundesamt für Justiz

Zentrale Behörde für internationale Sorgerechtskonflikte

Adenauerallee 99–103

53113 Bonn - Deutschland

Telefon: +49 228 99 410-5212

Fax: +49 228 99 410-5401

E-Mail: int.sorgerecht@bfj.bund.de